

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 22.03.2019
Sitzungsbeginn: 16:37 Uhr
Sitzungsende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Barfüßerstr. 50, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Frau Marianne Wölk - SPD

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD
Herr Thorsten Büchner - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Heinrich Löwer - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Frau Sonja Sell - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Frau Anna Zels - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Hermann Heck - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stephan Muth - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU

bis 18:20 (vor Abstimmung zu TOP 4)

Frau Runhild Piper - CDU
Herr Mathias Range - CDU
Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Sabine Schäfer-Jarosz - CDU
Frau Karin Schaffner - CDU
Herr Jens Seipp - CDU
Herr Jan von Ploetz - CDU
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
Herr Dr. Karsten McGovern - B90/Die Grünen
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen
Frau Renate Bastian - Marburger Linke
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke
Herr Jonathan Schwarz - Marburger Linke
Frau Inge Sturm - Marburger Linke
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL
Herr Roland Frese - BfM
Frau Gabriele Mensing - BfM
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM

bis 19:15 (vor Abstimmung zu TOP 4)

Magistratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei	- entschuldigt -

Magistratsmitglieder

Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD

- entschuldigt -

Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD

- entschuldigt -

Protokoll

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Stadtverordneten Roland Stürmer, der zum 13.03.2019 für die ausgeschiedene Stadtverordnete Dorn-Rancke nachgerückt ist. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der heutigen Sitzung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Einwände gegen diese Feststellungen werden nicht erhoben.

Der Stadtverordnete Göttling beantragt die Einberufung des Ältestenrates um zu klären, wie mit der vom Oberbürgermeister nachgereichten Vorlage VO/6740/2019 – Gewalt gegen städtische Bedienstete kann in keinem Fall geduldet werden – umgegangen werden soll. Der Antrag auf Einberufung des Ältestenrates wird durch die Stadtverordneten Bastian und Bauder-Wöhr unterstützt. Die Stadtverordnetenvorsteherin unterbricht daraufhin die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 16:42 Uhr und beruft den Ältestenrat ein. Um 16:53 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fortgesetzt mit dem Ergebnis, dass der Vorlage des Oberbürgermeisters alle Fraktionen beitreten und diese als Tagesordnungspunkt 7.4 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wird.

Weiterhin liegt für die heutige Sitzung ein Dringlichkeitsantrag von B90/Die Grünen und Marburger Linke betr. Ersatzräume für Künstlerwerkstatt errichten vor, der jedoch das für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Quorum nicht erreicht (Protokollierung siehe unter TOP 7.5).

Die Stadtverordnetenvorsteherin trägt sodann die Tagesordnung für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor und weist darauf hin, dass sich der Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung darauf verständigt hat, heute nur die Aussprache zum Haushalt 2019 durchzuführen und alle anderen zur Aussprache angemeldeten Vorlagen und Anträge in die Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben. Hierzu gehören auch die dringlichen Anträge, die nach Einvernehmen im Ältestenrat am 21.03.2019 als Tagesordnungspunkte 7.1 bis 7.3 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen wurden. Einwände dagegen ergeben sich nicht.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2019

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2019 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgebracht. Die Niederschrift gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 3 Fragestunde

Die zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen Nr. 1 bis 3 und 5 bis 18 sowie einzelne Nachfragen werden durch die zuständigen Dezernenten wie folgt beantwortet:

Kleine Anfrage Nr. 01 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie viele Sozialwohnungen sind seit der im Herbst 2016 beschlossene Sozialquote im privaten Wohnungsneubau neu entstanden? Welche Schwierigkeiten gab es bei der Umsetzung?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Seit Einführung der Sozialquote im Oktober 2016 sind aufgrund dieser Verpflichtung durch private Investoren 22 WE (Wohneinheiten) an der Alten Kasseler Straße entstanden, 23 WE an den Standorten Gisselberger Straße und Eisenstraße befinden sich derzeit im Bau. Weitere ca. 11 WE sind in Gisselberg geplant.

(Zusätzlich schaffen die gemeinnützigen städtischen Wohnungsbaugesellschaften geförderten Wohnraum; seit Einführung der Quote bis Ende 2019 werden das ca. 300 WE sein.)

Schwierigkeiten bei der Umsetzung sind nicht bekannt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 02
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Welche Aktivitäten fanden 2018 im Rahmen des „Bündnisses für Familie“ zur Armutsbekämpfung in Marburg und speziell gegen Kinderarmut statt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 5 - Kinder, Jugend, Familie
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Die Geschäftsstelle des Bündnisses für Familie ist inzwischen dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie zugeordnet. 2018 haben aufgrund der hohen Arbeitsbelastung des Fachbereichs keine Sitzungen stattgefunden. Für 2019 ist geplant, das Bündnis in enger Zusammenarbeit mit dem Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung neu zu konzipieren.

Regelmäßig arbeitet die Projektgruppe „Familie und Armut des Bündnisses für Familie“. Die Projektgruppe wird verantwortet vom FD 50.

Projektgruppe „Familie und Armut des Bündnisses für Familie“

Das übergeordnete Ziel der Arbeit der Projektgruppe ist die Verbesserung der Lebenssituation von Familien, die von Armut betroffen sind. Die Projektgruppe setzt sich mit Fragestellungen von der Kinder- bis zur Altersarmut auseinander und entwickelt u.a. Projekte, um auf erkannte Bedarfe zu reagieren. Darüber hinaus wird die Vernetzung der Träger gefördert und aktuelle Informationen, wie beispielsweise zu dem „Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)“, der Kulturloge oder „Suspended Coffee“ (Initiative „Spendiert“), werden weitergegeben. Die konkreten Aktivitäten zur Armutsbekämpfung gehören in erster Linie nicht zu den originären Aufgaben der Projektgruppe, sondern sind Teil der täglichen Arbeit der beteiligten Institutionen.

Im Rahmen der Arbeit der Projektgruppe wurden und werden Veranstaltungen geplant und durchgeführt, wie der Kurs „Mehr Einkommen, besser Auskommen“ oder das Begleitprogramm zu der Ausstellung „Auf Augenhöhe - Gesichter der Armut“. Es werden gezielt Informations-, Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten vorgestellt, um Angebote in Marburg bekannter zu machen. Im letzten Jahr standen u.a. auf der Tagesordnung das Angebot „In Würde teilhaben“, die Integrationsbausteine (Kurs beim Kinderschutzbund) und wiederholt ein Familienbüro, dessen Einrichtung die Gruppe empfiehlt (Konzept: <https://www.marburg.de/sozialplanung>).

Aktuell plant die Projektgruppe im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit die Aktion „Ernährung am Existenzminimum“ in einem Supermarkt, die das Ziel verfolgt, die Öffentlichkeit zu informieren und bewusst zu machen, wieviel ein Mensch im Leistungsbezug täglich, wöchentlich und monatlich für „Essen/Ernährung“ zur Verfügung hat.

Zurzeit arbeiten in der Gruppe mit:

- Agentur für Arbeit Marburg
- Arbeit und Bildung e.V.
- Caritasverband Marburg e.V.
- Kinderschutzbund Marburg e.V.
- Kulturloge Marburg e.V.
- Landkreis Marburg-Biedenkopf
- Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
- Universitätsstadt Marburg
- zudem sind auch Privatpersonen vertreten

(Link zur Homepage: <https://www.marburg.de/portal/seiten/projektgruppe-familie-und-armut-900000734-23001.html>)

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 03 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wie viele Sozialwohnungen sollen im Jahr 2019 verbindlich mit Zuschüssen der Stadt errichtet werden? Bitte nach Vorhabenträger und Projekten aufschlüsseln.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Mit Zuschüssen der Stadt Marburg werden im Jahr 2019 keine sozialen Wohneinheiten errichtet.

Allerdings wird über die Förderung „Erwerb von Belegungsrechten“ die GeWoBau Marburg mit der Maßnahme „In der Badestube 1-13“ bezuschusst. Hier stellt die GeWoBau die freiwerdenden Belegungsrechte für 92 Wohneinheiten weiterhin für die nächsten 10 Jahren dem sozialen Wohnungsmarkt zur Verfügung.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Warum wird im Stadtbüro ein privater Sicherheitsdienst eingesetzt? Seit wann ist dies der Fall und soll dieser Zustand beibehalten werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im gesamten Gebäude Frauenbergstraße 35, nicht nur im Stadtbüro, ist während der Sprechzeiten ein Sicherheitsdienst eingesetzt. In dem Gebäude halten sich täglich bis zu 600 Besucherinnen und Besucher auf.

In den letzten Jahren gab es mehrere Vorfälle in verschiedenen Fachdiensten, bei denen es zu besonderen Gefahrensituationen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Kundinnen und Kunden gekommen ist. Aus der besonderen Fürsorgepflicht des Arbeitgebers fiel 2017 die Entscheidung, den Sicherheitsdienst einzusetzen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begrüßen die Anwesenheit des Sicherheitsdienstes und eine Änderung ist vorerst nicht vorgesehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 06
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, um den neuerdings immer häufiger auftretenden Fahrten mit motorisierten Vierrädern (Quads) im „Heiligen Grund“ im Bereich „Totenweg“ entgegenzuwirken, da der genannte Abschnitt offenbar als Abkürzung genutzt wird, was dem Naherholungsfaktor und Aspekten des Naturschutzes widerspricht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Es werden zeitnahe Kontrollen der Ordnungspolizei stattfinden. Sollten die Fahrten in einem bestimmten Zeitfenster besonders häufig vorkommen oder andere relevante Daten bekannt sein, wäre ein entsprechender Hinweis an den Fachdienst 35 für die Effektivität der Kontrollen sehr hilfreich.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 07
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Elisabeth Kula
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Welche Gruppen unterstützten den diesjährigen Aufruf zum Internationalen Frauentag in Marburg? Warum wurden bestimmte Gruppen, wie Hochschulgruppen und antifaschistische Gruppen von der Unterstützung und den Werbematerialien ausgeschlossen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 16 - Referat für Gleichberechtigung von Frau und Mann
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Folgende Organisationen haben den diesjährigen Aufruf „Feminismus bleibt antirassistisch“ zum Internationalen Frauentag unterstützt:

Arbeitergemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen Marburg

Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Marburg e.V.

AStA Marburg

Ausländerbeirat Marburg

Ausländerbeirat Stadtallendorf

Autonomes FrauenLesbenReferat

Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Agentur für Arbeit Marburg

Bewohnernetzwerk für Soziale Fragen e.V.

Chor Politöne

DGB Jugend

Migrantenjugendselbstorganisation DIDF Marburg

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Philipps-Universität Marburg

Frauen helfen Frauen e.V.

Frauen-Kammerchor Marburg

Frauennotruf Marburg e.V.

Gleichberechtigungsreferat der Universitätsstadt Marburg

Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit e.V.

Interkulturelles Begegnungszentrum Kerner

Kommunales Frauenbüro des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Kritische Mediziner*innen Marburg

Offenes Antifa-Treffen

Praxis GmbH

Sozialverband VdK

TELEHAUS WETTER / VeFAR e.V.

TERRE DES FEMMES - Städtegruppe Marburg

Unternehmerinnen-Netzwerk Marburg-Biedenkopf e.V.

WENDO Marburg e.V.

Es wurden, wie seit Jahren geübte Praxis, keine Parteien bzw. Jugendorganisationen oder Hochschulgruppen von Parteien als Unterstützer*innen berücksichtigt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Frage:

In welchen Betreuungseinrichtungen der Stadt Marburg mussten in diesem Jahr bereits bzw. müssen derzeit aufgrund von Personalmangel, Einrichtungen geschlossen bleiben bzw. Öffnungszeiten gekürzt werden und wie will der Magistrat dieses Problem kurzfristig lösen, um den Eltern Verlässlichkeit bei der Kinderbetreuung zu gewährleisten?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 58 - Kinderbetreuung
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Es wurden in diesem Jahr keine Einrichtungen der Kinderbetreuung aufgrund von Personal-mangel komplett geschlossen.

In der städtischen Einrichtung Elnhausen musste aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen und vakanten Stellen, deren Wiederbesetzung noch nicht abgeschlossen war, die Öffnungszeiten reduziert werden.

In der Kita Grünes Haus/Karlsbader Weg konnte die Ü3-Betreuung für vier Tage nicht zur Verfügung gestellt werden aufgrund von hohen Krankheitsausfällen und einem Beschäftigungsverbot. Die Krippenkinder wurden durchgehend mit eingeschränkten Öffnungszeiten betreut. In der zweiten Woche konnte für alle Familien, die dringend auf eine Betreuung angewiesen waren eine Notbetreuung von 7:30 bis 16 Uhr angeboten werden. Der Fachdienst hat mit allen Eltern gesprochen.

In Einzelfällen musste in weiteren Einrichtungen an einem oder zwei Tagen aufgrund von Krankheitsausfällen die Öffnungszeit am Nachmittag verkürzt werden.

In allen Fällen hat ein verlässliches Angebot für die Eltern äußerste Priorität für den Fachdienst Kinderbetreuung. Trotzdem ist bei einem sehr hohen Krankheitsstand auch aus Perspektive der Fachaufsicht, der Mitarbeitendenfürsorge, aber auch aus pädagogischen Gründen eine reguläre Öffnung der Einrichtungen nicht mehr vertretbar.

Jede städtische Kindertageseinrichtung verfügt neben dem regulären Personal über Vertretungspersonal, welches der jeweiligen Einrichtung zugeordnet ist. Zusätzlich kann der Fachdienst Kinderbetreuung auf einen Vertretungspool von Honorarkräften zurückgreifen, die ebenfalls ergänzend eingesetzt werden können. In der Regel sind auch die Honorarkräfte erfahrene Fachkräfte. Trotzdem ist zu berücksichtigen, dass in der Betreuung der Kinder ein stabiles Beziehungsangebot absolut wichtig ist und einrichtungsfremde Fachkräfte nur ergänzend zu den vertrauten Erzieher*innen eingesetzt werden können. Es gibt und gab auch in der Vergangenheit immer wieder Situationen, in denen dies nicht sichergestellt werden konnte.

Mit dem von der Stadtverordnetenversammlung im November 2017 beschlossenen Qualitätsausbau wird die Frage von personeller Ausstattung und Gruppengrößen in der Kinderbetreuung vorangetrieben. Mit der vom Magistrat beschlossenen erheblichen Erweiterung der Leitungsstunden in allen Einrichtungen wird es schon zum Kindergartenjahr 2019/2020 zu einer deutlichen Entlastung kommen. Trotzdem wird es voraussichtlich auch zukünftig in Zeiten von Erkältungs- und Grippephasen zu Engpässen und ggf. auch Ausfällen in der Kinderbetreuung kommen.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 09 zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben, weshalb verstärkt in Schröck zu Randzeiten und in Seitenstraßen Falschparker vom Ordnungsamt aufgeschrieben werden, da vermutlich der Aufwand über den dadurch gewonnenen Erträgen liegt.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Fachdienst 35 wurde schriftlich auf Verkehrsordnungswidrigkeiten in Schröck hingewiesen. Völlig losgelöst von einer monetären Rentabilität geht die Ordnungsverwaltung diesen Hinweisen selbstverständlich pflichtbewusst nach.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 10
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Frage:

Der Magistrat wird gebeten darüber Auskunft zu geben und kurz zu berichten, ob sogenannte Steingärten in Marburg ein Problem sind.

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt und Naturschutz, Fairer Handel, Abfallwirtschaft
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Wir gehen davon aus, dass mit Steingärten Kies- und Schotterbeete in Vorgärten gemeint sind. Unseres Erachtens ist diese „Modeerscheinung“ in Marburg derzeit kein Problem.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 11
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Frage durch den Fragesteller zurückgezogen

**Kleine Anfrage Nr. 12
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, welche Anstrengungen er unternommen hat, um auf die dt. Post AG Einfluss auszuüben. Die seit über einem Jahr bekannten unzureichende in großen Teilen der Stadt - u.a. aktuell im Südviertel - die Briefzustellung regelmäßig bis zu dreimal in der Woche ausfällt, und sieht er Möglichkeiten, die für Marburg zuständige Verteilerstelle in Cölbe zur korrekten Erfüllung ihrer Dienstleistungs-Aufgabe zu veranlassen?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat steht im Kontakt mit der für politische Fragen der Region zuständigen Abteilung der Deutsche Post AG. In diesem Austausch hat der Magistrat bereits 2018 auf die aus seiner Sicht strukturellen Probleme und die Bedeutung des Post-Konzerns im Sinne der Daseinsvorsorge hingewiesen. Damit entsprach er auch dem Beschluss der Stadtverordnetenversamm-

lung vom 22. Juni 2018. Die in der Frage geschilderte „unzureichende Briefzustellung“ ist dem Magistrat mangels Zuständigkeit nicht bekannt – Bürger*innen wenden sich i.d.R. nicht an die Stadt, wenn sie mit der Arbeit der Deutschen Post AG unzufrieden sind. Bei konkreten Hinweisen (Datum, Ort) – gerne auch per E-Mail durch Stadtverordnete – nimmt der Magistrat gerne Kontakt zur Post auf.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 13
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, ab wann er wusste, dass die GWH die firmeneigene Tochtergesellschaft Systemo gegründet hat, um u.a. die sogenannten Modernisierungsmaßnahmen am Richtsberg auf Kosten der Mieter und Mieterinnen durchzuführen?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat hat von den Vorhaben der GWH zu sog. Modernisierungsmaßnahmen erstmals durch Hinweise der Mieter*innen Anfang 2019 erfahren. Unverzüglich wurde gegenüber der GWH mit Schreiben vom 04.02.2019 um Aufklärung gebeten. Eine Antwort ging am 22.02.2019 ein.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 14
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Ist ein Park-and-Ride-Parkplatz auf oder neben dem Gelände des geplanten tegut-Supermarktes am Oberen Rotenberg geplant und/oder angedacht?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 61 - Stadtplanung und Denkmalschutz
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Aktuell bestehen keine Überlegungen am Standort des künftigen Nahversorgers am oberen Rotenberg einen Park-and-Ride-Platz einzurichten. Die vorgesehenen Stellplätze sind für den Betrieb des Nahversorgers auf dem privaten Grundstück ermittelt worden und sollen künftig diesem Zweck dienen.

Ob und in welcher Größe ein Park-and-Ride-Platz an diesem Standort bzw. im direkten Umfeld errichtet werden sollte, wird sich aus den Ergebnissen der noch zu beauftragenden Verkehrsuntersuchung für die Universitätsstadt Marburg ableiten lassen.

Dr. Thomas Spies

**Kleine Anfrage Nr. 15
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

In welchen Stadtgebieten waren in der Vergangenheit Polizeieinsätze wegen Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten besonders häufig erforderlich?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 35 - Sicherheit und Verkehrsüberwachung
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Lt. Aussage der Polizeistation Marburg beschränken sich die Einsätze überwiegend auf die Innenstadt und dort am häufigsten auf den Bereich des Marktdreiecks und die Oberstadt. Die Fallzahlen sind jedoch auch dort sehr moderat.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

**Kleine Anfrage Nr. 16
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019**

Fragesteller/in:	Lisa Freitag
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wird nach einem Sturm wie in der vergangenen Woche eine außerordentliche Straßenreinigung durchgeführt, um Behinderungen von Fußgängern, Radfahrern oder auch Autofahrern im Straßenverkehr durch Geäst zu verhindern/beseitigen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 32 - Gefahrenabwehr und Gewerbe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Dienstleistungsbetrieb setzt nach einem Sturm alle verfügbaren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Fahrzeuge zur Beseitigung der heruntergefallenen Äste ein. Kontrollfahrten werden durchgeführt, um einen Überblick über die betroffenen Bereiche zu erhalten. Die Bereiche werden nacheinander abgearbeitet. Da nach so einem Sturm sehr viele Bereiche betroffen sind, nehmen die Aufräumarbeiten viel Zeit in Anspruch und können meist nicht innerhalb einer Woche abgeschlossen werden.

Häufig ist es nicht möglich, ausschließlich mit einer Kehrmaschine das Material aufzunehmen. Es werden Teams gebildet, die aus einem Handreinigungstrupp und einer Kehrmaschine bestehen. Die Handreinigungstrupps werden zum Aufsammeln und Beseitigen der größeren Äste zuerst über Wege und Flächen geschickt. Anschließend fährt die Kehrmaschine.

Außerdem findet eine sehr enge Kommunikation zwischen Straßenreinigung und Baumpflege nach einem Sturm statt. Alle umgefallenen oder schief stehenden Bäume werden sofort bei Sichtung an die Kollegen von der Baumpflege gemeldet, damit Abhilfe geschaffen werden kann.

Trotz all dieser Maßnahmen ist es möglich, dass Verunreinigungen übersehen werden. Auf Hinweise aus der Bevölkerung wird umgehend reagiert.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 17
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Für wieviele Fahrzeuge der Universitätsstadt und ihrer Beteiligungen wurden Ausnahmegenehmigungen für die Umweltzone erteilt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für Fahrzeuge der Universitätsstadt und ihrer Beteiligungen sind aktuell keine Ausnahmegenehmigungen für die Umweltzone erteilt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18
zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Frage:

Wie viele Fahrzeuge der Universitätsstadt und ihrer Beteiligungen wären von einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge (EURO5 und schlechter) betroffen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 33 - Straßenverkehr
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Ob für die Universitätsstadt Marburg ein Dieselfahrverbot zu erwarten ist, ist derzeit nicht absehbar. Die bisher angeordneten Dieselfahrverbote fallen je nach Ausgang der gerichtlichen Entscheidung in deren Ausmaß unterschiedlich aus. Dies kann zum einen den Umfang bzw. die Ausdehnung des Einfahrtverbots der jeweiligen Kommune betreffen und zum anderen auch die Auswahl der betroffenen Euro-Normen.

In der Regel werden kommunale Sonderfahrzeuge, wie z. B. Müllfahrzeuge o. Ä. von dem Fahrverbot ausgenommen. Aus den genannten Gründen ist daher nicht absehbar, welche Fahrzeuge der Stadt Marburg und deren Beteiligungen von einem Fahrverbot eventuell betroffen sein könnten.

In jüngster Zeit wurden verschiedene vorbereitende Arbeiten zur Verbesserung der Luftqualität und zur Vermeidung eines Dieselfahrverbots in der Stadt Universitätsstadt Marburg abgeschlossen, bzw. in Angriff genommen. Das sind z.B. der Green-City-Plan, die weitere Priorisierung der Maßnahmen aus dem Radverkehrsentwicklungsplan und die Arbeit der AG Mobilität der Stadtwerke zur zukünftigen Beschaffungsstrategie der eigenen Fahrzeuge und der Ladeinfrastruktur.

Insgesamt geht es um Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und den Einsatz moderner Fahrzeugtechnologien.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk erklärt damit die Fragestunde für beendet. Die Frage Nr. 4 wird wegen Abwesenheit des Fragestellers schriftlich beantwortet, die Antwort ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 4 Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2018 - 2022, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2019 - 2. Lesung und Beschlussfassung
Vorlage: VO/6689/2019**

Die Stadtverordnetenvorsteherin weist auf die zu dem Tagesordnungspunkt vorliegenden Unterlagen hin. Dies sind im Einzelnen:

- Liste der beantragten Einzelabstimmungen
- Aufstellung der im HFA zur Annahme empfohlene Anträge
- Aufstellung der im HFA zur Ablehnung empfohlene Anträge
- Beschlussvorlage zum Haushalt mit
 - Investitionsprogramm 2018 – 2022
 - Stellenplan 2019
 - Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019
 - Übersicht Ergebnishaushalt
 - Übersicht Finanzhaushalt
 - Zusammenfassung der Investitions- und Finanzierungstätigkeiten nach Fachbereichen
 - Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeiten

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Er verweist auf die durch die Fraktionen beantragten Einzelabstimmungen. Aussprache wurde im Ausschuss angemeldet.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte, in der der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heck die Sitzungsleitung von 19:24 Uhr bis 19:45 Uhr inne hat, sprechen die Stadtverordneten Simon, Bamberger, Stahl, Bastian, Ditschler, Suntheim-Pichler, Hövel, Pfalz, Nezi, Schwarz, Freitag, Frese, Weidemann, Pfalz, Seitz, Böhm, Bokelmann, Severin, Seipp, Sturm, Dr. Longo, Pfalz und Zels.

Nach Schluss der Debatte ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zu den anstehenden Abstimmungen auf. Es folgen zunächst die beantragten Einzelabstimmungen.

Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion B90/Die Grünen:

Produkt: 515810 „Kindertagesbetreuung“
Pos.-Nr. 02 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - 743.000 €

Gebührenbefreiung von 0-3 Jahren

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Die Fraktion Marburger Linke nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 515830 „Kinderbetreuung in Tagespflege“
Pos.-Nr. 02 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte - 435.000 €

Gebührenbefreiung von 0-3 Jahren

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt 515610 „Kinder- und Jugendförderung“
Pos.-Nr. 15 Aufwendungen für Zuweisungen und + 31.644 €
Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen

Für die Fortführung „Inklusion bewegt – die Koordinierungsstelle“
für Aktivitäten im Freizeitbereich zw. Jugend- und Behindertenhilfe

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Finanzhaushalt Investitionen:

Produkt: 110800 „Beteiligungen“
Investnr. (neu) Eigenkapitalerhöhung GeWoBau + 1.000.000 €

Um sozialen Wohnungsbau kostengünstiger
abwickeln zu können

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: Marburger Linke

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 240070 „Bereitstellung und Betrieb von Gymnasien“
Investnr. (neu) Planungskosten neue Räume Elisabethschule + 50.000 €

Die Schule braucht erstklassige naturwissenschaftliche
Räume und neue Klassenräume

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 467030 „Klimaschutz“
Investnr. 1677.004.7 Zuschuss energetische Sanierung + 1.000.000 €

Förderprogramm für wärmietenneutrale
energetische Sanierung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Finanzhaushalt Finanzierung:

Produkt: 120000 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“
Kreditaufnahme vom Kapitalmarkt - 5.000.000 €

Weniger Kreditaufnahme = weniger Schulden

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen
Nein-Stimmen: SPD, CDU, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion Marburger Linke:Haushaltsatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2019

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2019 wie folgt festgesetzt:

2. Gewerbesteuer auf 420 v. H.

Falls die großen Arbeitgeber (über 100 Beschäftigte) bis 15. Juni 2019 Jobtickets für ihre Beschäftigten eingeführt haben, erfolgt eine Senkung des Hebesatzes auf 400 v. H.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Ergebnishaushalt

Produkt	110700 „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“ Ziel: Steigerung der ÖPNV-Fahrgastzahlen um 10 Prozent (durch Einführung von Jobtickets für alle Beschäftigten)	
Pos.-Nr.	15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	+ 6.300.000 €
	Ansatz Entwurf	4.974.000 €
	Ansatz Marburger Linke	11.274.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt	241010 „Kulturelle Förderung“ Ziel: Mittelfristige Erhöhung der Ausgaben für kulturelle Zwecke auf 5 Prozent der Gesamtausgaben	
Pos.-Nr.	15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	+ 890.570 €
	Ansatz Entwurf	4.609.430 €
	Ansatz Marburger Linke	5.500.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt	467030 „Klimaschutz“ Ziel: Verringerung des Motorisierten Individualverkehrs-Aufkommens um 3,5 Prozent (Halbierung des MIV-Anteils am Verkehr in 20 Jahren)	
---------	---	--

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt	515810 „Kindertagesbetreuung“	
Pos.-Nr.	02 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte Streichung der Kita-Gebühren	- 743.000 €
	Ansatz Entwurf	743.000 €
	Ansatz Marburger Linke	0 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt	550020 „Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege ...“ Ziel: Verbesserung der Mobilität von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen	
Pos.-Nr.	15 Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	+ 1.110.000 €
	Ansatz Entwurf	1.986.710 €
	Ansatz Marburger Linke	3.096.710 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt	555010 „Wohnungswesen“ Ziel: Bestand an Sozialwohnungen um netto 120 erhöhen
---------	---

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt	752010 „Migration und Flüchtlingshilfe“	
Pos.-Nr.	13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Unterbringung von Geflüchteten im Rahmen „200 nach Marburg-Biedenkopf“	+ 500.000 €
	Ansatz Entwurf	159.400 €
	Ansatz Marburger Linke	659.400 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Finanzhaushalt

Produkt:	120000 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“	
Investnr.	1200.001.9 Wohnungsbaudarlehen	Ansatz + 928.000 €

VE + 4.080.000 €

Entwurf	Ansatz	1.072.000 €	VE	3.920.000 €
Marburger Linke	Ansatz	2.000.000 €	VE	8.000.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt 467030 „Klimaschutz“
Investnr. I677.004.7 „Zuschuss energetische Sanierung“ + 1.000.000 €
Zuschuss für warmmietenneutrale energetische
Sanierung am Richtsberg

Entwurf	Ansatz	0 €
Marburger Linke	Ansatz	1.000.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke,
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Produkt: 666010 „Verkehrsanlagen“
Investnr. I661.016.9 Bau von Fuß- und Radwegen Ansatz + 1.000.000 €
VE + 500.000 €

Entwurf	Ansatz	690.000 €	VE	810.000 €
Marburger Linke	Ansatz	1.690.000 €	VE	1.310.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt anschließend zunächst über den Antrag aller Fraktionen auf Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadtverordnete und der Fraktionszuschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, BfM
Nein-Stimmen: keine
Enthaltung: keine

Der Änderungsantrag ist damit einstimmig angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die ausliegende Liste der Anträge, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfiehlt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Enthaltung: keine

Die in der Liste aufgeführten Anträge sind damit angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die ausliegende Liste der Anträge, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfiehlt. Diese werden einzeln wie folgt zur Abstimmung aufgerufen:

Liste der Anträge der Fraktion B90/Die Grünen zur 2. Lesung des Haushaltes 2019

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: Marburger Linke

Die Anträge sind damit abgelehnt.

Liste der Anträge der Fraktion Marburger Linke zur 2. Lesung des Haushaltes 2019

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: B90/Die Grünen

Die Anträge sind damit abgelehnt.

Liste der Anträge der FDP/MBL-Fraktion zur 2. Lesung des Haushaltes 2019

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: FDP/MBL
Nein-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM
Enthaltung: keine

Die Anträge sind damit abgelehnt.

Zum Abschluss der Abstimmungen zum Haushalt 2019 lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Punkte I bis III der Beschlussvorlage zum Haushalt 2019 (VO/6689/2019) abstimmen, die die zuvor gefassten Beschlüsse bereits beinhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- I. Gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2018 bis 2022 mit einem Volumen von 152.864.000 € beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Enthaltung: keine

- II. Der Stellenplan 2019 der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 112,768 Beamtenstellen zzgl. einer A9/A10 Stelle bei Produkt 120010 und 921,768 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM
Nein-Stimmen: keine
Enthaltung: FDP/MBL

- III. Aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird die vorliegende Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Enthaltung: keine

**zu 5 Green-City-Plan Marburg der Universitätsstadt Marburg zum BMVI-Sonderprogramm "Green-City-Plan (GCP)"
Vorlage: VO/6611/2019**

Zu der Vorlage wurde ein Setzpunkt (Aussprache) angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in der Aprilsitzung durchgeführt wird. Die Vorlage wird deshalb in die Aprilsitzung vertagt.

**zu 6 Wirtschaftspläne 2019 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH
Vorlage: VO/6665/2019**

Die Vorlage wird zur Beratung in die Aprilsitzung verschoben.

zu 7 Dringlichkeitsanträge

**zu 7.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Afföllerswiesen
Vorlage: VO/6734/2019**

Zu dem Antrag wurde im Ältestenrat Aussprache angemeldet, die jedoch wegen der heutigen Haushaltsberatung nach Einvernehmen im Ältestenrat im April durchgeführt werden soll. Der Antrag wird deshalb auf die Aprilsitzung vertagt.

zu 7.2 Dringlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Stopp der Verhandlungen zum Verkauf des Afföllerwiesen-Parkplatzes
Vorlage: VO/6736/2019

Auch zu diesem Antrag wurde im Ältestenrat Aussprache angemeldet, die jedoch wegen der heutigen Haushaltsberatung nach Einvernehmen im Ältestenrat im April durchgeführt werden soll. Der Antrag wird ebenfalls auf die Aprilsitzung vertagt.

zu 7.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gaswerkgelände
Vorlage: VO/6737/2019

Zu dem Antrag wurde im Ältestenrat Aussprache angemeldet, die jedoch wegen der heutigen Haushaltsberatung nach Einvernehmen im Ältestenrat im April durchgeführt werden soll. Der Antrag wird deshalb in die Aprilsitzung vertagt.

zu 7.4 Gewalt gegen städtische Bedienstete kann in keinem Fall geduldet werden
Vorlage: VO/6740/2019

Der Vorlage des Oberbürgermeisters treten alle Fraktionen bei.

Nach kurzer Stellungnahme von Oberbürgermeister Dr. Spies lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Universitätsstadt Marburg verurteilt den offenbar rassistisch und rechtsradikal motivierten Angriff auf einen städtischen Busfahrer auf das Schärfste. Unsere ganze Solidarität und Unterstützung gehört dem Mitarbeiter. Wir wünschen ihm eine schnelle und unkomplizierte Genesung.

Wir erwarten, dass die Sicherheitsorgane mit allem Nachdruck nach dem Täter ermitteln.

In dieser Stadt ist kein Platz für rassistische oder rechtsradikale Äußerungen oder Gewalt. Gewalt gegen städtische Bedienstete kann in keinem Fall geduldet werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 7.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen betr. Ersatzräume für Künstlerwerkstatt errichten
Vorlage: VO/6741/2019

Die Stadtverordnete Bauder-Wöhr begründet unter TOP 1 im Rahmen der Feststellung der Tagesordnung die Dringlichkeit des Antrages. Nach Stellungnahme des Oberbürgermeisters spricht der Stadtverordnete Seipp gegen die Dringlichkeit.

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen und Marburger Linke. Damit ist das nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung nicht erreicht.

Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung genommen.

Die Stadtverordnete Bastian gibt des Antrag daraufhin in das Verfahren.

zu 8 Anträge der Fraktionen

**zu 8.1 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gebührenbefreiung für U-3-Kita-Plätze
Vorlage: VO/6482/2018**

Der Antrag war bis zur Haushaltsberatung zurückgestellt und ist mit der Abstimmung über den Haushalt 2019 erledigt.

**zu 8.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Demokratisierung städtischer Verkehrspolitik
Vorlage: VO/6609/2019**

Mit Aufruf des Tagesordnungspunktes übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heck ab 20:35 Uhr die Sitzungsleitung.

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Antrag wurde im Ausschuss geändert, der geänderten Fassung des Antrages empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich zuzustimmen. Dies gilt auch für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften, von dessen Vorberatung der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer, berichtet.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heck lässt anschließend über die geänderte Fassung des Antrages abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird aufgefordert den TeilnehmerInnenkreis der AG Verkehr bei der Stadtverwaltung anlassbezogen zu erweitern.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL

Nein: CDU, BfM

Enthaltung: keine

**zu 8.3 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Aktualisierung der Wohnraumbedarfsanalyse
Vorlage: VO/6630/2019**

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 8.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wassertretstelle/n einrichten
Vorlage: VO/6651/2019

Für den Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Weidemann. Der Antrag wurde dort mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion geändert. Dem geänderten Antragstenor empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme.

Nach Aufruf durch den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher Heck fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Möglichkeit der Einrichtung einer oder mehrerer Wassertretstellen z. B. auf dem Gelände der Gärten im Vitos Park oder an geeigneter Stelle am Richtsberg und im Innenstadtbereich zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Integrierter Stadtentwicklungsplan Marburg 2030
Vorlage: VO/6652/2019

Der Antrag wurde im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen, er wird ggfs. in geänderter Fassung neu eingebracht.

zu 8.6 Antrag der Fraktionen von FDP/MBL und Bündnis 90/Die Grünen betr.: Bürgerinitiative an der Auftragsvergabe für ein Gutachten zum Verkehr im Marburger Westen beteiligen
Vorlage: VO/6662/2019**Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in die Aprilsitzung verschoben wird. Der Antrag wird deshalb vertagt.**

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in die Aprilsitzung verschoben wird. Der Antrag wird deshalb vertagt.

zu 8.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Vitosgelände
Vorlage: VO/6668/2019

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Die Absätze 3 bis 5 wurden im Ausschuss für erledigt erklärt, den Absätzen 1 und 2 empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Ablehnung. Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften vorherberaten worden, es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Auch dort wurden die Absätze 3 bis 5 für erledigt erklärt, allerdings die Absätze 1 und 2 getrennt abgestimmt. Beiden Absätzen empfiehlt der Ausschuss – mit unterschiedlicher Mehrheit – die Ablehnung.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher ruft die Absätze 1 und 2 ebenfalls getrennt zur Abstimmung auf.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Absätze 1 und 2 des Antrages werden abgelehnt.

Abstimmungsergebnis zu Absatz 1:

Ja: Marburger Linke
Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Abstimmungsergebnis zu Absatz 2:

Ja: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltung: keine

Anschließend stellt der Stadtverordnete Simon den Antrag auf Einberufung des Ältestenrates um das Verhalten einiger Mitglieder des Hauses gegenüber der Stadtverordnetenvorsteherin im Rahmen der Abstimmung zum Haushalt 2019 zu erörtern. Der Antrag wird durch die Stadtverordneten Büchner und Seipp unterstützt.

Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher unterbricht daraufhin die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung um 20:38 Uhr und beruft den Ältestenrat ein. Um 21:00 Uhr wird die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter Leitung von Stadtverordnetenvorsteherin Wölk fortgesetzt.

**zu 8.8 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Prüfung der Errichtung einer neuen B3-Auffahrt in nördlicher Richtung von der Konrad-Adenauer-Brücke aus
Vorlage: VO/6672/2019**

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr und den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichten die Vorsitzenden, Stadtverordneter Dr. McGovern bzw. Stadtverordneter Meyer. Beide Ausschüsse empfehlen mehrheitlich den Antrag abzulehnen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgt den Ausschussempfehlungen und beschließt:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: FDP/MBL
Nein: SPD, CDU, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM
Enthaltung: keine

**zu 8.9 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Neuaufstellung Regionalplan 2020
Vorlage: VO/6682/2019**

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in die Aprilsitzung verschoben wird. Der Antrag wird deshalb vertagt.

**zu 8.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Planung eines „Verkehrsknoten Nord“
Vorlage: VO/6690/2019**

Auch zu diesem Antrag ist Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in die Aprilsitzung verschoben wird. Der Antrag wird deshalb ebenfalls vertagt.

zu 8.11 Antrag der Fraktionen von Bürger für Marburg, SPD und CDU betreffend Prüfung von Ladestationen an Straßenlaternen
Vorlage: VO/6691/2019

Für den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. McGovern. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Annahme des Antrages. Weiterhin berichtet für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich, dem Antrag zuzustimmen.

Nach Aufruf durch die Stadtverordnetenvorsteherin fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Stadtwerke mit einer Prüfung zu beauftragen, ob in Straßenlaternen Anschlüsse für Ladestationen für Elektroautos eingebaut werden können. Dies könnte im Rahmen einer allgemeinen Erweiterung des Stromnetzes und der Ertüchtigung der Trafostationen an bestimmten Stellen möglich sein - vorausgesetzt Straßenlaternen und Abstellflächen für E-Fahrzeuge aller Art liegen logistisch sinnvoll.

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, BfM

Nein: FDP/MBL

Enthaltung: Marburger Linke

zu 8.12 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Unterstützung der von Abschiebung bedrohten algerischen Familie aus Marburg
Vorlage: VO/6693/2019

Zu dem Antrag hat die Fraktion Marburger Linke Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in die Aprilsitzung verschoben wurde. Der Antrag wird deshalb bis April vertagt.

zu 8.13 Antrag der Fraktionen CDU, BfM und SPD betr.: Bessere Unterstützung für Fachkräfte im Handwerk - Erhöhung der Meisterprämie
Vorlage: VO/6694/2019

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig dem Antrag zuzustimmen.

Dem schließt sich die Stadtverordnetenversammlung an und fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass die derzeitige Prämie von 1.000 Euro für eine bestandene Meisterprüfung auf 4.000 Euro erhöht wird. Außerdem soll die Landesregierung darüber hinaus eine Förderung für Betriebsgründungen bzw. Betriebsübernahmen einführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 8.14 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Bericht zu Rückzug der GWH aus Marburg
Vorlage: VO/6711/2019

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Die Magistrat möge nachfolgende Fragen beantworten:

1. Was hat der Oberbürgermeister und der Bürgermeister als Baudezernent unternommen, damit die GWH sich nicht nach dem Konflikt um die Heizungsmodernisierungen am Richtsberg aus ihrem Marburger Neubauprogramm mit weiteren 120 Sozialwohnungen verabschiedet?
2. Von Seiten der GWH wird betont, dass sie die Heizungsmodernisierungen gerne mit den Stadtwerken vorgenommen hätten, diese aber doppelt so teuer wie andere Anbieter waren. Wann wusste der Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke von dem Angebot der Stadtwerke an die GWH?
3. War der Magistrat über die Begründung für die Modernisierung der GWH-Wohnungen und die Rahmenbedingungen umfassend informiert?
4. Hat der Oberbürgermeister, bevor er in der Presse die scharfe Kritik an der GWH wegen der nicht ausreichenden energetischen Sanierung bzw. des Nichteinhaltung des Energiekonzepts Richtsberg geäußert hat, mit der GWH gesprochen? Wann und mit wem wurden die Gespräche geführt? Hat der Oberbürgermeister in diesem Kontext auf die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung durch einen in den Haushalt einzustellenden Klimabonus hingewiesen?

Abstimmungsergebnis:

Ja: SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP/MBL, BfM

Nein: keine

Enthaltung: Marburger Linke

zu 9 Kenntnisnahmen

- zu 9.1 Für das Jahr 2019 geplante - derzeit bekannte - Baumaßnahmen und Veranstaltungen mit größeren Auswirkungen auf die Verkehrsabläufe im Stadtgebiet Marburg.
Vorlage: VO/6675/2019**
-

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorliegende Aufstellung mit den für das Jahr 2019 geplanten -derzeit bekannten- Baumaßnahmen und Veranstaltungen mit größeren Auswirkungen auf die Verkehrsabläufe im Stadtgebiet Marburg zur Kenntnis.

- zu 9.2 Planungen zum Jubiläum Marburg800
Vorlage: VO/6704/2019**
-

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Informationen zur Planung des 2022 anstehenden Stadtjubiläums Marburg800 zur Kenntnis.

- zu 9.3 Bildungsbauprogramm (BiBaP) - Veränderung der Maßnahmen an der Elisabethschule
Vorlage: VO/6713/2019**
-

Zu der Vorlage hat die Fraktion B90/Die Grünen Aussprache angemeldet, die nach Absprache im Ältestenrat in die Aprilsitzung verschoben wird. Die Vorlage wird deshalb in die Aprilsitzung

vertagt.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung abgearbeitet. Die Stadtverordnetenvorsteherin dankt allen Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:05 Uhr

Marburg, 26.03.2019

Marianne Wölk
Stadtverordnetenvorsteherin

Lothar Sprenger
Protokoll

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Jens Seipp
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Anlage

Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 4

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. März 2019

Fragesteller/in:	Hennig Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Frage:

Wurden bei der Erneuerung der Oberstadtaufzüge bis März 2015 nach fast 30 Jahren zunehmender Frequentierung außer den beiden Kabinen auch Verschleißelemente wie die Tragseile und die Geschwindigkeitsbegrenzungsseile erneuert, und wenn nicht, ist die zunehmende Störanfälligkeit (z.B. vorübergehende Schließungen im Mai 2017, Juni 2018 und Februar 2019) darauf oder auf eventuell geringere Kontrollintervalle zurückzuführen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 65 - Hochbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Rahmen der Erneuerung wurde die komplette Aufzugstechnik ausgetauscht. Diese umfasst die Kabinen, Türanlagen, Seile, Antriebe und die Steuerung. Die neuen Aufzüge sind deutlich leistungsstärker. Die Geschwindigkeit ist doppelt so hoch. Dementsprechend werden deutlich mehr Fahrten ausgeführt und die Anlagen werden sehr stark beansprucht. Für die Anlage besteht ein Wartungsvertrag gemäß Norm mit 4 Wartungen pro Jahr. Dies ist angemessen und üblich. Häufig ist Vandalismus die Ursache für Störungen. In Zukunft sollen Schäden an den Seilen vermieden werden indem nach einer festgelegten Fahrtenanzahl präventiv getauscht wird.

Wieland Stötzel
Bürgermeister